

04.11.2014

Niederschrift 001/2014

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben
am 10.09.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Sandra Heinrichsen

Kreistagmitglieder SPD

Frau Brigitte Cziehso

Herr Norbert Enters

Frau Ursula Lindstedt

Herr Gerd Oldenburg

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Herr Herbert Ziegenbein

Kreistagmitglieder CDU

Herr Dipl. Ing. Wilfried Feldmann

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Paul-Heinz Kranemann

Herr Helmut Krause

anwesend bis 17.10 Uhr

Herr Dipl.-Ing. Olaf Lauschner

Frau Gabriele Richter

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder FDP

Herr Julius Will

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Helmut Rosenkranz

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Heinz Appel, Fachdienstleiter

Frau Ingelore Klemp, Schriftführerin

Frau Heinrichsen begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung am 28.08.2014 versandt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird einvernehmlich dahingehend geändert, dass die Punkte 4 und 5 zusammengefasst werden. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | | Arbeitsplanung 2014/2015 |
| Punkt 4 | 104/14 | Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2014 |
| Punkt 5 | | Eckdaten zum Haushalt 2015;
mündlicher Bericht |
| Punkt 6 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-----------------|--------|---|
| Punkt 7 | 122/14 | Ausschilderung des Kreisradverkehrsnetzes im Kreis Unna - Nördliches Kreisgebiet; Vergabe des Auftrags |
| Punkt 8 | 128/14 | Beschaffung von Arbeitsplatzcomputern für die Kreisverwaltung Unna;
Vergabe des Auftrags |
| Punkt 9 | 118/14 | Energetische Sanierung des Freiherr-vom-Stein-Berufskollegs in Werne;
Vergabe des Auftrags über das Gewerk "Malerarbeiten"
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses - |
| Punkt 10 | 119/14 | Energetische Sanierung des Freiherr-vom-Stein-Berufskollegs in Werne;
Vergabe des Auftrags über das Gewerk "Tischlerarbeiten"
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses - |

- Punkt 11** 123/14 Energetische Sanierung des Freiherr-vom-Stein-Berufskollegs in Werne;
Vergabe des Auftrags über das Gewerk "GLT-Gebäudeautomation"
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -
- Punkt 12** 108/14 Erster Abschnitt Radwegebau und Sanierung von Brücken im Zuge der stillgelegten
Bahnstrecke Unna-Königsborn - Welver; Vergabe des Auftrags
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -
- Punkt 13** 114/14 Oberbausanierung im Zuge der K14 Altenmethler in Kamen;
Vergabe des Auftrags
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -
- Punkt 14** 120/14 Fahrbahn- und Brückenerneuerung sowie Kanalbauabreiten im Zuge der K18,
Nordkirchener Straße in Selm;
Vergabe des Auftrags (bezüglich der Kanalbauarbeiten im Namen und für Rech-
nung der Stadt Selm)
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -
- Punkt 15** 109/14 Realisierung von Landschaftsplänen - Herbstpflanzung 2014
- Punkt 16** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Ingelore Klemp als Schriftführerin und Frau Birgit Scholz als deren Stellvertreterin bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

Punkt 3 Arbeitsplanung 2014/2015

Erörterung

Herr Appel erläutert, dass verwaltungsseitig angeregt worden sei, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, weil man am Anfang einer Zusammenarbeit thematische Schwerpunkte setzen könnte. Von daher

seine Frage, ob es seitens des Ausschusses Themenvorschläge für eine Beratung gebe. Herr Appel führt dazu beispielhaft das Thema Pensionsrückstellungen an. Konkret spricht er das Thema der Berichterstattungen durch die Geschäftsführer der wichtigsten Gesellschaften des Kreises an. Dazu habe es in der Vergangenheit einen Antrag gegeben, wonach der Ausschuss regelmäßig auch die Wirtschaftspläne der Gesellschaften vorgelegt bekommen sollte. Das sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich gewesen. Insofern habe der Ausschuss sich darauf verständigt, regelmäßig einmal im Jahr die Berichte der Geschäftsführer entgegenzunehmen. Aufgrund des zeitlichen Umfangs für die Berichterstattungen habe man es so organisiert, dass kurz aufeinander folgende Sitzungstermine zur Anhörung der Berichte stattgefunden hätten. Er frage daher, ob zukünftig weiter so verfahren werden sollte und zu welchem Zeitpunkt das einzuplanen sei.

Frau Cziehso erklärt, dass die SPD-Fraktion dies ausdrücklich unterstütze. Man habe sich bei den Berichten auf die grundsätzlichen Dinge, die Wirtschaftspläne und das Finanztechnische konzentriert. Insofern würde ihre Fraktion diese Berichterstattungen gern beibehalten, aufgeteilt in zwei Sitzungen. Sie schlage vor, in 2015 damit zu beginnen, da die letzte Ausschusssitzung in diesem Jahr vor den Haushaltsberatungen stattfinde. Dort gebe es bereits genügend wichtige Themen zur Beratung. Des Weiteren schlage ihre Fraktion vor, sich in diesem Ausschuss einmal ausführlich mit der Finanzierungssystematik des Jobcenters, bezogen auf das Arbeitslosengeld II zu beschäftigen. Dieser Vorschlag wird seitens der Verwaltung angenommen.

Herr Jasperneite führt für die CDU-Fraktion aus, dass auch diese die Berichterstattungen unterstütze. Vielleicht sollte man zukünftig jedoch die Geschäftsführungen darauf hinweisen, dass es für die Politik interessanter sei, zu erfahren, welche Perspektiven das Unternehmen sehe und wie es sich weiter entwickle, als das reine Zahlenwerk erläutert zu bekommen. Dieses Gremium sei seiner Meinung nach dazu da, die Unternehmensperspektiven zu begleiten oder Risiken frühzeitig zu erkennen und diese dann notfalls auch im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung zu beraten.

Herr Kranemann (CDU-Fraktion) erklärt, dass er davon ausgehe, dass neu zu erhebende Satzungen ebenfalls in diesem Ausschuss behandelt würden. Er nennt dazu beispielhaft die DS 093/14 (Erlass der Satzung zur Erhebung einer ELAG-Bedarfsumlage). Er hätte erwartet, dass diese auf der heutigen Tagesordnung erschienen wäre. Das bitte er zukünftig zu beachten. Herr Dr. Wilk erklärt dazu, dass die ELAG-Bedarfsumlage ein besonderes Thema sei und nicht ganz als Beispiel für alle Satzungen angewandt werden könne, weil das Thema mehrfach besprochen und inhaltlich auch nicht neu ausgestaltet worden sei. Dabei sei es um die Erhebung der Umlage in vollem Umfang gegangen. Er gebe ihm jedoch grundsätzlich Recht, alle Satzungen mit finanzieller Bedeutung hier im Ausschuss zu behandeln.

Punkt 4 104/14 Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2014

Erörterung

Es wird auf die Erläuterungen zu Punkt 5 verwiesen.

Der Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2014 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Eckdaten zum Haushalt 2015; mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Dr. Wilk weist eingangs darauf hin, dass der Folienvortrag und das Eckdatenpapier zum Haushalt 2015 gestern Nachmittag den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden sei. Er schickt voraus, dass (wie bereits in der Presse berichtet) die Zahllast der Kreisumlage im nächsten Jahr auf Basis der Eckdaten um rund 14,5 Mio. Euro steigen werde. Das sei nicht nur eine schlechte, sondern eine dramatische Entwicklung, so Herr Dr. Wilk. Er erinnert an die im Juli verhängte haushaltswirtschaftliche Sperre, die als Vorbote auf diese Entwicklung zu sehen gewesen sei, um dagegen zu steuern. Es sei geboten, diese Problematik sehr eng mit den Städten und Gemeinden zu besprechen. Das sei bereits heute Morgen in der Bürgermeisterkonferenz geschehen. Er bitte auch ausdrücklich hier im Ausschuss um eine Einschätzung zur Situation. Nur das helfe weiter, wenn man kritisch die Dinge diskutieren wolle. Er betont, dass man sich augenblicklich auf dem Niveau der Eckdaten befinde und die reinen Haushaltsberatungen dann erst im November/Dezember stattfinden. Die Eckdaten seien zunächst einmal der Ausblick und der Anknüpfungspunkt im Verfahren für die Benehmensherstellung gemäß § 55 der Kreisordnung. Er wolle sich auch nicht darauf beschränken, zusätzlich 14,5 Mio. Euro zu fordern, sondern er möchte auch Handlungsoptionen aufzeigen. Der Arbeitsmarkt sei die entscheidende Stellschraube, um die man sich kümmern müsse, und zwar nicht nur um die Arbeitslosigkeit, sondern auch der Aspekt der Aufstocker, des Lohnniveaus und der Qualifikation der Arbeitnehmer im Kreis müsse dabei Berücksichtigung finden. Das Rücksichtnahmegebot (§ 9 der Kreisordnung) sei ein wichtiges Leitziel, mit dem man sich beschäftige und es nicht aus den Augen verliere. Man wisse als Kommunalaufsicht um die Situation/den Haushaltsstatus der Städte und Gemeinden und man wisse um die Bedeutung der Erhöhung der Kreisumlage in dieser Weise, so Herr Dr. Wilk. Es werde kein einziges Haushaltssicherungskonzept und keinen einzigen Sanierungsplan geben, der von dieser Situation auf Kreisebene unbeeinflusst bliebe. Alle Konzepte und Pläne würden da mit Sicherheit durch Fortschreibungen angepasst werden müssen. Die eigenen über die Jahre getätigten Anstrengungen auf Kreisebene wolle man nicht mehr zu sehr in den Vordergrund stellen. Trotzdem dürfe man nicht aus den Augen verlieren, dass in der Vergangenheit eigene Anstrengungen zur Konsolidierung erfolgten. Das sei deshalb wichtig, wenn man nachher über Bundes- und Landeshilfen spreche.

Herr Dr. Wilk stellt alsdann anhand einer Folienpräsentation die Haushaltssituation der Städte und Gemeinden, den Jahresabschluss 2013 sowie die Entwicklung der Budgets 2014 des Kreises Unna vor. Die Folienpräsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Herr Dr. Wilk führt ergänzend aus, dass den Kreis Unna aller Voraussicht nach mit dem Jahresabschluss 2014 im nächsten Jahr die Überschuldung ereilen werde. Als Folge daraus wäre der Kreis Unna verpflichtet, eine Sonderumlage zu erheben, die ihn befähigen würde, sich aus dem negativen Eigenkapital wieder heraus zu bewegen. Das passiere nicht in einem Betrag; es könne ratierlich gestaltet werden. Das sei ein wichtiger Aspekt, denn der Kreis Unna wäre bundesweit, wenn es denn soweit käme, der zweite Kreis nach Recklinghausen, der in die Überschuldung ginge. Man werde möglicherweise aber der erste Kreis sein, der von dem Instrument der Sonderumlage Gebrauch mache, die dann ab dem Jahr 2016 erhoben werden müsse.

Abschließend, so Herr Dr. Wilk, möchte er noch einen Blick nach vorn richten. Er betont ausdrücklich, dass es heute nicht um konkrete Haushaltsvorschläge gehe, die würden im November und Dezember zu bespre-

